



BESCHLUSSVORLAGE

Antragsteller/in

Drucksachen-Nr.: - AZ:

SPD-Fraktion, Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen", FW-Fraktion	2278/14 - I/496
--	-----------------

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis
Magistrat		
Stadtverordnetenversammlung		

Betreff:

**Finanzplanungserlass des Hess. Innenministeriums vom 29.10.2014
Resolution**

Anlage/n:

Text:

Die Stadtverordnetenversammlung Wetzlar unterstützt die Kritik des Hessischen Städtetages an dem "Oktober-Erlass" des Hess. Innenministeriums. Mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs gefährdet die Landesregierung die Zukunft der Kommunalpolitik. Mit jedem Schritt mehr, mit dem Vorgaben gemacht werden, reduziert sich die Bereitschaft vor Ort, noch in zeit- und kraftaufwändiges politisches Ehrenamt zu investieren.

Die vom Hessischen Innenminister verfügten Erlasse vom 3. März 2014 (Rosen-montags-Erlass) und vom 29. Oktober 2014 (Finanzplanungserlass) greifen massiv in die grundgesetzlich garantierte finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen ein. Das Land darf nicht die Erhöhung kommunaler Steuern erzwingen. Die Folge ist eine weitere zusätzliche Belastung der Bürger.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, die Rechengrundlage des Kommunalen Finanzausgleichs dem tatsächlichen Bedarf in den Städten und Gemeinden anzupassen und ausreichende Mittel für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Wetzlar, den 25.11.2014

gez. Waldemar Kleber

Dr. Barbara Greis
Christa Lefèvre

Begründung: